

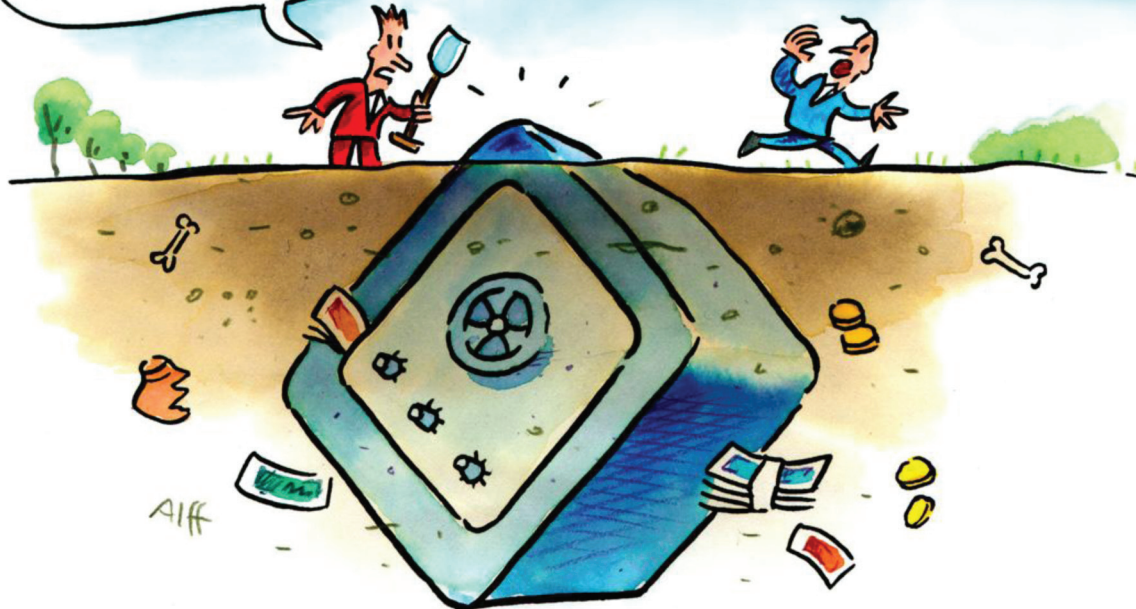


EXTRABLATT

Informationen für Erwerbslose
und Menschen mit geringen Einkommen

«Unrecht gewinnt oft Rechtscharakter einfach dadurch,
dass es häufig vorkommt.»
Bertolt Brecht

Dieser Sache würde ich
gerne mal auf
den Grund gehen



Cartoon aus dem ver.di Bundesvorstand, Wirtschaftspolitik Aktuell, 10.2014

KEINE ARBEIT, SONDERN TEILHABE AM ARBEITSMARKT!

Der soziale Arbeitsmarkt als scheinbare Lösung

«Aber den Langzeitbezieher*innen im ALG II und den Langzeitarbeitslosen muss doch geholfen werden», so eine typische Äußerung. Von den kirchlichen und sozialen Trägern, sowie den politischen Parteien wird seit Jahren verstärkt der soziale Arbeitsmarkt als Ausweg gefordert. Aktiv-Passiv-Transfer heißt das Zauberwort, um die sogenannten «Langzeiterwerbslosen» als kostenlose Arbeitskräfte zu beschäftigen und darüber hinaus auch noch weitere Zuschüsse zu erhalten. Seit 2015 gibt es die «Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt» auch mit ESF-Mitteln gefördert. Die geplanten Projekte gelten bis 2020 und allein in Berlin sind es über 800 Einzelprojekte.

Zwei in der Person liegende Vermittlungshemmnisse waren die Grundlagen für den Lohnkostenzuschuss. Empfänger*innen mit schweren gesundheitlichen Einschränkungen und Alleinerziehende waren die Zielgruppen. Aus dem Evaluationsbericht geht nicht hervor, wie erfolgreich die Maßnahmen für die

Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstelle waren.

Gefördert wurden bisher Arbeitsverhältnisse, die zusätzlich und wettbewerbsneutral waren und im öffentlichen Interesse lagen. Die Zusätzlichkeit wurde im neuen Gesetzentwurf gestrichen. Somit können ab 2019 alle Betriebe und Einrichtungen einen Lohnkostenzuschuss von 75 oder 50% für 2 Jahre beantragen.¹ Der Bundesrat kritisiert in seiner Stellungnahme nur, dass eine Übergangsregelung zu der neuen Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) fehlt.

Die Schaffung neuer Teilhabechancen

Die Teilhabe am Arbeitsmarkt ist ein neues Programm, nach dem ab 1.1.2019 die Langzeitbezieher*innen für den Mindestlohn bis zu 5 Jahren irgendwo beschäftigt werden sollen. Die Einrichtungen oder die privaten Firmen erhalten für 2 Jahre einen 100%igen

Lohnkostenzuschuss. Danach sinkt der Zuschuss um 10% pro Jahr. Für 5 Jahre kann ein*e Arbeitslosengeldbezieher*in beschäftigt werden.

Nach der maximalen Förderungsdauer von 5 Jahren landet man wieder im SGB II (Hartz IV), denn Beiträge in die Arbeitslosenversicherung werden nicht entrichtet. Außerdem sollen die Beschäftigten nicht mehr als den Mindestlohn erhalten, die Qualifikationen der Erwerbslosen spielen keine Rolle. Ein Wechsel in eine reguläre Beschäftigung soll zwar ein Ziel sein, allein der Begriff «Teilhabe am Arbeitsmarkt» lässt einen skeptisch werden. Diese Teilhabe ist nicht freiwillig, sondern die Jobcenter weisen nach «Ermessen» zu.

Das «Unrecht» wurde 2016 legitimiert durch die wohlklingende «Rechtsvereinfachung» im Arbeitslosengeld II (Hartz IV). Sanktionen wurden nicht abgeschafft. Über das sozialwidrige Verhalten wurden neue Elemente eingefügt, damit wird bestraft, wer seinen Arbeitsplatz kündigt. Die Sanktionen werden verhängt bei der Weigerung, bei Firma X für einen Mindestlohn beschäftigt zu sein. Ob eine Leiharbeitsfirma zumutbar ist, entscheidet das Jobcenter. Ebenso, für welche Zielgruppe ein Eingliederungszuschuss gewährt wird: Die Minijobberin, weil

sie nur kurzzeitig beschäftigt ist oder der/die Selbständige, weil er/sie zu geringe Einnahmen hat.

Eine Erleichterung für die Jobcenter soll sein, wenn die «in der Person liegenden Vermittlungshemmnisse» keine Rolle mehr spielen. Auch müssen die Arbeitsverhältnisse nicht mehr wettbewerbsneutral sein. Der Bundesrat kritisiert lediglich, dass ein «früherer Zugang zu der Eingliederungsleistung angezeigt ist. Personen die innerhalb der letzten sechs Jahre Leistungen erhalten haben und in dieser Zeit nur kurzzeitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren.»²

Viele Erwerblose wollen eine tariflich bezahlte Beschäftigung, die ihre Qualifikationen berücksichtigt, aber kein Coaching und keine «Umsonst-Arbeit». Steuermittel dürfen nicht zur Unterstützung für private Firmen und Einrichtungen vergeudet werden. Damit wird eine neue Phase im Lohndumping eingeleitet.

Noch ist dieses Gesetz nur ein Entwurf. Die Gewerkschaften haben zahlreiche Änderungsvorschläge eingebracht.

2 SGB II 16i

BEISTAND IN EINER LEIHARBEITSFIRMA

Im März 2018 habe ich einen Bekannten zu einem Vorstellungsgespräch in die „Zeitarbeitsfirma Tempex“ am Frankfurter Tor als Beistand begleitet. Er hatte einen konkreten Vermittlungsvorschlag vom Jobcenter erhalten. Das vorgeschlagene Stellenangebot existierte nicht! Stattdessen sollte er einen Fragebogen mit seinen persönlichen Daten ausfüllen: Handy-Nummer, E-Mail-Adresse usw. Mein Bekannter weigerte sich diesen Fragebogen auszufüllen und wir verließen die Firma.
M.S.

DIE AfD, BJÖRN HÖCKE UND DIE SOZIALPOLITIK

Entlang der sozialen Frage geht ein Riss durch die Partei «Alternative für Deutschland» (AfD). Die Partei hat bisher kein einheitliches Konzept zur Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Das Thema ist in Partei und Wählerschaft umstritten und wurde bislang bewusst umschiffen. Politiker*innen wie Jörg Meuthen, Alice Weidel und Beatrix von Storch wollen eine neoliberale Ausrichtung. Der rechte Flügel um Björn Höcke, Thüringer AfD-Landeschef und aus Hessen stammender Geschichtslehrer, fordert dagegen die Erarbeitung einer «klaren sozialpolitischen Programmatik». Höcke orientiert sich offenbar am Front National in Frankreich. Auch der Partei- und Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland will sozialpopulistisch agieren.

Die Ärmeren ködern

«Sozialpolitik wird das große Zukunftsthema sein, wahlentscheidend bei uns im Osten.», so Björn Höcke. Und: «Die neue deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen.» Er verbindet soziale Forderungen mit Ausgrenzung und völkischem Rassismus. Die AfD errang in Teilen Ostdeutschlands bis zu einem Drittel der Wählerstimmen. Gerade dort will Höcke den Weg zur Volkspartei ebnen. Er fordert

mehr «Solidarität» und staatliche Sozialleistungen - aber nur für deutsche Staatsbürger. Mit der Instrumentalisierung sozialpolitischer Themen will er die sogenannten «kleinen Leute» erreichen. 2019 soll ein AfD-Sonderparteitag zur Sozialpolitik stattfinden. Im gleichen Jahr finden Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen statt, die AfD will im Osten punkten. Höcke & Co haben bisher zu Demos und Kundgebungen mit den Slogans aufgerufen: «Unseren Sozialstaat verteidigen!» und «Sozial ohne rot zu werden». Höcke auf einer Demo: «Wenn die Altparteien-Politiker unsere Sozialsysteme für alle Mühseligen und Beladenen öffnen, dann fahren sie unser Sozialsystem vor die Wand.»

Die AfD als Arbeiterpartei ?

Die AfD hat momentan prozentual die meisten Arbeiter in ihrer Wählerschaft und ist mittlerweile auch in einigen Betrieben präsent. Es gibt den „Alternativen Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland“ und „Zentrum Automobil“, wo Rechte ihren Einfluss im Betriebsrat ausbauen wollten. Die Gewerkschaften sorgen sich um ihre Mitglieder. Viele Beschäftigte fühlen sich

überfordert und wünschen sich in eine «Idylle» zurück, als die Arbeitswelt noch heil erschien. Die weit verbreitete Ablehnung sozialer Unsicherheit und Ungleichheit wird von der AfD und rechten Gruppierungen auf eine rassistische und rechtsradikale Position gelenkt. Auch die AfD weiß, dass sie etwas zu zentralen Fragen des Lebens wie Löhnen, Renten, Mieten, Bildung, Gesundheit etc. Stellung nehmen muss.

Rentenkonzepte

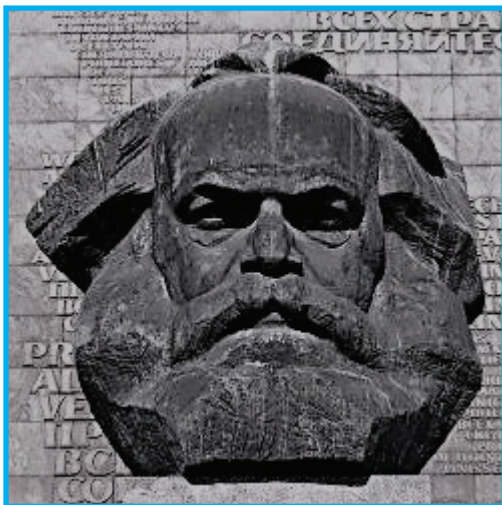
Die Thüringer AfD-Fraktion hat ein Rentenkonzept vorgestellt: Sie will eine «Staatsbürgerschaftsrente», also eine Rente nur für Deutsche. Der Bundestagsabgeordnete Jürgen Pohl plädiert ebenfalls für eine «armutsfeste Staatsbürgerschaftsrente», da die «soziale Sicherheit und Gerechtigkeit in Deutschland verlorengegangen» sei. Sie wollen das Rentenniveau generell auf 50 Prozent über das Jahr 2045 hinaus festschreiben. Deutsche Staatsbürger sollen einen steuerfinanzierten Aufschlag ohne Prüfung durch das Sozialamt erhalten, wenn sie weniger als 1.500 Euro Rente erhalten und mindestens 35 Jahre in die Beitragskasse eingezahlt haben. Migrant*innen sollen keinen Anspruch haben, auch wenn sie eingezahlt haben. Zudem «sollen in Zukunft von Unternehmen und abhängig Beschäftigten paritätisch drei zusätzliche Prozentpunkte eingezahlt werden». Wer Kinder hat, bei dem fällt jeweils ein Punkt pro Kind weg.

Außerdem erhalten Eltern eine zusätzliche Zahlung pro Kind zur Rente. Für das erste Kind gibt es 95 Euro mehr, für das zweite Kind erhalten sie 100 Euro und 125 Euro für das dritte Kind. «Auch der Arbeitnehmerflügel der AfD legte ein Konzept vor. Und dann gibt es noch die Wirtschaftsliberalen in der AfD. Was Höcke heute als «Staatsbürgerrente» fordert, hat Meuthen vor einiger Zeit als «Rentensozialismus» scharf kritisiert. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Markus Frohnmaier (Wahlkreis Böblingen) schlägt vor, nach dem Vorbild des Schweizer Rentensystems statt einer Umlagefinanzierung die Rente aus Kapitalerträgen zu decken. Neben einer Grundrente zur Existenzsicherung würden die Beschäftigten auf dem Kapitalmarkt investieren («Lebensrentekonto»), der Staat solle das bezuschussen.

Eine Klassenfrage

Die AfD nationalisiert und ethnisiert die soziale Frage. Es geht um einen starken Nationalstaat und die Vorrangstellung deutscher Bürger*innen. Aus einem Klassenkonflikt wird so ein nationaler Konflikt. So gefährlich Höckes Agieren auch ist, es kann zu einer Zerreißprobe innerhalb der AfD führen. Zudem sind Gewerkschaften und progressive Kräfte aufgefordert, sich mit der Klassenfrage auseinanderzusetzen. Der Rechtsruck in vielen Teilen Europas und der USA sei Warnung genug.

„CHEMNITZ VORMALS KARL-MARX-STADT - WAS IST DORT LOS?“



Im schönen Land der Sachsen fühlen sich plötzlich tausende Leute dazu berufen die Demokratie und die Menschenrechte in Frage zu stellen. Ausgelöst durch ein Verbrechen, und angestachelt und teilweise scheinlegitimiert durch gewählte Vertreter einer einschlägig bekannten „Ein Thema Partei“.

Wie konnte es 28 Jahre nach der Wiedervereinigung soweit kommen?

Die politisch Verantwortlichen, das Land wurde viele Jahre mit absoluter Mehrheit der CDU regiert, haben die latenten Probleme mit den nationalistischen Gruppierungen kleingeredet, ignoriert und unter den Teppich gekehrt.

Der Image-Schaden durch die fortlaufenden gewalttätigen Angriffe auf Andersdenkende und Andersaussehende führt zur Gefahr für den dortigen Tourismus und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Es erfordert ein schnelles und

verantwortliches Handeln, um die gut vernetzten Strukturen der Rechtspopulisten aufzuklären und einzuhegen, was in aller erster Linie die Aufgabe von Justiz und Polizei ist. Den dort lebenden Menschen, die mit dem rechten Gedankengut sympathisieren, muss vermittelt werden, dass viele ihre Existenzen aufs Spiel setzen, wenn sie sich nicht von rechtsradikalen Umtrieben absetzen und dagegen protestieren.

Der Politologe Hans Vorländer¹ sprach in einem Interview «über das besondere Bewusstsein der Sachsen Opfer nicht beherrschbarer Entwicklungen geworden zu sein», was sich auch zum Teil aus der Geschichte seit 1945 erklären lässt.

Es erschien ein Artikel in der Süddeutschen Zeitung², der die Rolle bestimmter agitierender Persönlichkeiten bezugnehmend auf das Theaterstück von Max Frisch (Biedermann und die Brandstifter) beleuchtet.

Bei den letzten Umfragen für die am 1. Sept. 2019 stattfindende Landtagswahl in Sachsen erreichen die Rechtspopulisten/-radikalen 25 % der Wählerstimmen. Landesweite Kommunalwahlen finden in diesem Bundesland bereits am 26. Mai 2019 gleichzeitig mit den Europawahlen statt.

Die Sozialpolitik in großen Teilen der AfD ist von fortlaufend wechselnden Ansichten geprägt, ein Verwirrspiel, und zeichnet sich auch durch Übernahme völkischer Positionen aus der Nazi-diktatur aus. Die Europapolitik der AfD gefährdet den Frieden in Europa.

1 Onlineausgabe vom 28.08.2018 einer österreichischen Zeitung – Link - <https://derstandard.at/2000086230635/Politologe-Sachsen-hat-ein-ausgepraegtes-Opfer-Narrativum>

2 <https://www.sueddeutsche.de/politik/meinung-am-mittag-chemnitz-die-brandstifter-von-der-afd-1.4107557>

ZEHN JAHRE ZUVOR ZITATE ZUR ERINNERUNG

NACH DEM CRASH IST VOR DEM CRASH?

« Eine neue Finanzkrise ist auch (...) wahrscheinlich, weil der letzte Crash den Reichen gar nicht geschadet hat. Nach nur zwei Jahren hatten sie mehr Vermögen als zuvor. Gelitten haben die Armen, die ihre Jobs und Häuser verloren haben oder deren Löhne seither kaum gestiegen sind. Für die Vermögenden lohnt es sich nicht, eine Finanzkrise zu vermeiden. Daher kommt die nächste bestimmt.»

Ulrike Herrmann, TAZ, 14/09/2018

IST DER STAAT WIRKLICH OHNMÄCHTIG IN WIRTSCHAFTLICHEN FRAGEN ?

« Alles ist möglich, aber nicht für jeden - selten wurde dieses Prinzip so deutlich demonstriert wie im vergangenen Jahrzehnt, etwa durch die massenhafte Geldschöpfung, die Verstaatlichung von Banken, die Missachtung internationaler Verträge und durch willkürliche Regierungsentscheidungen. Zur Rettung der Banken, von denen das Überleben des Systems abhängt, wurden ohne mit der Wimper zu zucken bislang für unmöglich und undenkbar erklärte Massnahmen ergriffen. Dieser massive Interventionismus offenbarte einen starken Staat, der durchaus in einem Bereich machtvoll agieren konnte, aus dem er sich zuvor weitgehend zurückgezogen hatte. Aber diese Stärke des Staates diente vor allem dazu, dem Kapital stabile Rahmenbedingungen zu bieten.

*Populistenmacher. über das Ende liberaler Gewissheiten,
Serge Halimi und Pierre Rimbart, le Monde Diplomatique, September 2018*

Weitere Infos unter:

<http://erwerbslose-berlin.verdi.de>.
Hinweise zu den Beratungsterminen sind dort auch zu finden.

EUROPAWAHL IM MAI 2019 : IST DER RUTSCH NACH (EXTREM) RECHTS NOCH ZU VERHINDERN ?

Front National (Frankreich), Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Lega Nord (Italien), Vlaams Belang (Belgien), Partei für die Freiheit (Niederlande) und Kongress der Neuen Rechten (Polen) bilden gemeinsam im europäischen Parlament die Fraktion Europa der Nationen und Freiheiten (ENF).

In all diesen Parteien herrscht die Angst vor dem Untergang des Abendlandes. Sie behaupten, dass von dunklen Finanzkräften gesteuerte Eliten die Völker Europas durch massive Einwanderung auslöschen wollen. Leider sind im Moment die «neuen» Rechten die Einzigen, die sich auf europäischer Ebene strategisch einig sind. Sie sehen die abendländische Identität von allen Seiten bedroht: von innen durch Dekadenz und Zersetzung, von aussen durch Islamisierung und Globalisierung. Ihr Hauptfeind kommt aus dem antiautoritären «ökokommunistischen Sumpf», also aus dem eigenen Land.

« Der antimuslimische Rassismus dient vor allem als neues Vehikel der alten Fremdenfeindlichkeit in den Mainstream-Diskurs. Die Normalität des antimuslimischen Rassismus macht diesen zum idealen Instrument, um aus der „Extremismus“-Ecke zu kommen. »¹

In letzter Zeit gewinnen die neuen Rechten eine Wahl nach der anderen im Osten wie im Westen. Ungarns Regierungschef Viktor Orban und Italiens Innenminister Matteo Salvini sprechen schon von einer «historischen» Wende. Im Mai war Trumps ehemaliger Chefstrategie Stephen Bannon auf Tour in Europa, um die neuen Rechten für die nächsten europäischen Wahlen ideologisch aufzurüsten. Nach dem offensiven Auftritt der AFD auf der deutschen politischen Bühne und den besorgniserregenden Ereignissen in Chemnitz, ist die Ausbreitung einer menschenverachtenden Ideologie, die Rassismus mit Nationalismus mixt und Naziverbrechen verharmlost, nicht länger nur ein Problem der «illiberalen» autoritären Länder wie Ungarn oder Polen. Leider liegt in Umfragen zur Europawahl im Nachbarland Frankreich die Partei von Marine Le Pen Kopf an Kopf mit der von Präsident Macron. Macrons Popularität sinkt stetig aufgrund seiner harten neoliberalen Reformen zugunsten der Reichen und Investoren, aber auch aufgrund der Tatsache, dass er mit dem Versprechen antrat, mehr Demokratie zu realisieren, und das nun nicht geschieht.

Macrons Vorhaben, die EU zu reformieren, ist vernünftig und könnte echte Chancen bergen, den Rechtsruck rückgängig zu machen. Leider werden seine Reformideen von den rechten Konservativen nicht unterstützt. Sie ziehen eine fragwürdige Allianz mit «illiberalen» Kräften vor, um ihre Macht zu erhalten und Reformen zu verhindern. Darin stimmen sie überein mit den extremrechten Parteien, die eine europäische Integration ablehnen, sofern sie über einen gemeinsamen Markt und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik hinausgeht. Zersplittern die liberalen Kräfte, die zwischen der Verteidigung rein nationaler Interessen und der Ideologie des Marktes schwanken, wird die menschenverachtende rechte Ideologie stärker, die sich inzwischen in der Mitte der europäischen Gesellschaften ausbreitet. Somit sind die Prognosen für Europawahl 2019 ziemlich düster.

Wir gehen wählen und wir wollen mehr sozialen Menschenrechte in Europa!

¹ Quelle: <https://forschungsgruppefipu.wordpress.com/2016/04/19/rechtsextremismus-in-europa-europaeischer-rechtsextremismus/>

Bei Anregungen und konstruktiver Kritik: E-mail an: ulla.pingel@gmx.de

V.i.S.d.P: Claus Lock,
ver.di Berlin
Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin